

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 99. Ratssitzung vom 16. Dezember 2011

2120. 2011/452

Postulat von Catherine Rutherford (AL) vom 07.12.2011:

Verkauf einer städtischen Parzelle im Glattpark, Sicherstellung eines Teils der Gesamtüberbauung nach den Kriterien der Kostenmiete des gemeinnützigen Wohnungsbaus

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Catherine Rutherford (AL) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2055/2011): Die Stadt Zürich und Opfikon haben vor kurzem die erste Stadtteilwerkstatt für die Gebiete Glattpark, Auzelg und Leutschenbach organisiert. Auch wenn eine Grenze zwischen diesen Gebieten verläuft, muss man sie als Einheit betrachten, denn sie beeinflussen sich gegenseitig. Mit der Glattalbahn ist ein wichtiger Schritt eingeleitet worden, die Gebiete wachsen zusammen und sind gut erschlossen. Es gibt aber immer noch Schwierigkeiten, die gelöst werden müssen. So sollte dafür gesorgt werden, dass im Glattpark die Durchmischung besser wird und deshalb ein Mindestanteil an gemeinnützigen Wohnungen vorhanden ist. Zur Zeit bauen bereits zwei Genossenschaften, aber mit dem Verkauf der letzten städtischen Parzelle kann im Glattpark ein drittes Projekt angestossen werden.

Weitere Wortmeldungen:

Urs Fehr (SVP): Über dieses Postulat wurde vorher schon diskutiert. Ich werde den Ablehnungsgrund der SVP deshalb nicht wiederholen. Fakt ist: Es gibt eine Gemeindegrenze zwischen der Stadt Zürich und Opfikon.

Daniel Meier (CVP): Die Parzelle befindet sich ausserhalb der Stadt und die Stadt soll diese meistbietend verkaufen. Will eine Gemeinde das Vorkaufsrecht haben, muss sie einen ähnlichen Preis zahlen. In der Stadt gibt es genug genossenschaftliche Wohnprojekte. Für den sozialen Wohnungsbau auf Gebieten ausserhalb der Stadtgrenze, ist Zürich nicht zuständig, auch wenn die Grenze nah ist. Opfikon muss sich alleine darum kümmern.

Niklaus Scherr (AL): Die Glattalbahn fährt exakt auf dieser Stadtgrenze und um diese Magnetachse laufen auf beiden Seiten parallele Entwicklungen ab. Die Gemeinden zogen am gleichen Strick als es darum ging, den Bau der Glattalbahn zu realisieren. Doch

2 / 2

jetzt, wo die Tram fährt, will niemand mehr über den Zürich-Nord Kirchturm hinaus schauen. Dabei wäre dies ein Gebot der planerischen Vernunft. Auf der zum Verkauf stehenden Parzelle soll eine ausgewogene Mischnutzung aus Eigentumswohnungen und gemeinnützigen Wohnungen entstehen. Wieso wird erst ein intelligentes Mischkonzept erstellt, wenn die Stadt dann dem Meistbietenden die Parzelle für eine rein private Verfügung verkauft?

Roger Liebi (SVP): *Es geht nicht nur um eine andere Wohnungsnutzung. Damit würde Zürich ziemlich direkt Einfluss auf das Steuereinkommen der Gemeinde nehmen. Opfikon, das sich für seinen Steuerfuss von 99% rühmt, sollten in dieser Hinsicht keine Vorschriften gemacht werden. Die Landbevölkerung und die Agglomeration sind sicher nicht begeistert, wenn die Stadt vorgibt, wie sie sich zu verhalten haben.*

Christoph Spiess (SD): *Ich kann der SVP nur empfehlen, dem Postulat zuzustimmen. Mit der dort einziehenden Mieterschaft, wird auch der Steuerfuss von Opfikon nochmals steigen und sich dem stadtzürcherischen Niveau annähern. Die flächendeckende Landschaftszerstörung ist im Glattal leider schon vollendet, weshalb es nichts mehr zu verlieren gibt. Wenn schon gebaut werden muss, dann wenigstens so, dass die Wohnungen bezahlbar sind.*

Michael Baumer (FDP): *Eine gemeinsame Planung ist in diesem Gebiet sicher nötig. Doch Niklaus Scherr (AL) plädiert dafür, dass die Stadt den Glattalgemeinden und insbesondere Opfikon vorschreibt, wie die Wohnbaupolitik dort aussehen muss. Das ist keine Kooperation. Vor allem deshalb nicht, weil sich die Glattalgemeinden zusammengeschlossen haben, um eine Konkurrenzposition zur Stadt darzustellen.*

Niklaus Scherr (AL): *Vertritt die FDP nicht das Eigentum? Die Stadt ist eine stolze Grundbesitzerin in Opfikon. Bevor ich mein Eigentum veräussere, kann ich doch entscheiden, wem ich es zuspreche. Das ist mein souveräner Entscheid, wo ist denn da die Bevormundung?*

Das Postulat wird mit 65 gegen 57 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat